



Landkreis Trier-Saarburg



Rheinland-Pfalz

AUFSICHTS- UND
DIENSTLEISTUNGSDIREKTION



Handlungsleitfaden

Kinderschutz in der Schule

für Schulen in der Stadt Trier und im Landkreis Trier-Saarburg



© contrastwerkstatt - Fotolia.com

Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe bei
Verdacht einer Kindeswohlgefährdung

Impressum

- Herausgeber: Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier
Jugendämter der Stadt Trier und des Landkreises Trier-Saarburg
- Redaktion: Arbeitskreis „Handlungsleitfaden Kinderschutz in der Schule“
- Jugendamt der Stadt Trier und Jugendamt des Landkreises Trier-Saarburg
 - Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier
 - Grundschule St. Peter Trier- Ehrang, Grundschule Ambrosius Trier, Martin- Grundschule Trier
 - Medard- Schule Trier
 - Kurfürst- Balduin Realschule plus Trier
 - Schulsozialarbeit Trier
- Auflage: 1. Auflage/ Oktober 2013
- Druck: 500

Der Leitfaden ist urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen des Leitfadens oder von Teilen daraus bedürfen der vorherigen Zustimmung der Herausgeber.

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	S. 4
	Abkürzungsverzeichnis	S. 6
1.	Rechtliche Grundlagen	S. 7
2.	Gewichtige Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung	S. 10
3.	Wichtige Arbeitsprinzipien zur Kinderschutzarbeit	S. 13
4.	Verfahren in der Schule bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung	S. 14
	4.1 Ablaufschema	S. 14
	4.2 Erläuterungen zum Ablaufschema	S. 15
5.	Anhang	S. 20
	5.1 Nützliche Links	S. 20
	5.2 Dokumentationsbogen bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung in der Schule	S. 21
	5.3 Gesprächsprotokollbogen	S. 23
	5.4 Chronologie Gesprächsprotokolle	S. 24
	5.5 Übersicht der insoweit erfahrenen Fachkräfte für Schulen in der Stadt Trier und im Landkreis Trier- Saarburg	S. 25
	5.6 Dokumentationshilfen bei Einbeziehung einer insoweit erfahrenen Fachkraft	S. 26
	5.7 Mitteilungsbogen der Schule an das Jugendamt bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung	S. 33

Vorwort

Kinderschutz als gemeinsame Aufgabe zu verstehen – dieser Gedanke liegt der vorliegenden Veröffentlichung zugrunde. Schule und Jugendamt arbeiten Hand in Hand, um Kindern ein bestmögliches Aufwachsen zu ermöglichen.

Das rheinland-pfälzische Schulgesetz verpflichtet Schulen, bei Anhaltspunkten einer möglichen Kindeswohlgefährdung sensibel zu handeln.

Der vorliegende Handlungsleitfaden unterstützt mit seinen Informationen insbesondere Lehrerinnen und Lehrer bei dieser Aufgabe und soll mehr Sicherheit vermitteln.

Der Leitfaden wurde in einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Jugendämter, der Grund-, Förder- und weiterführenden Schulen der Stadt Trier und des Landkreises Trier-Saarburg entwickelt. Die Schulaufsichtsbehörde begleitete den Prozess kontinuierlich.

Mit dem Ziel einer möglichst alltagspraktischen Handhabung wurden ein übersichtliches Ablaufschema zum Vorgehen bei Verdacht einer möglichen Kindeswohlgefährdung in der Schule sowie hilfreiche, standardisierte Dokumentationsbögen erarbeitet, die bereits in der Praxis erprobt wurden.

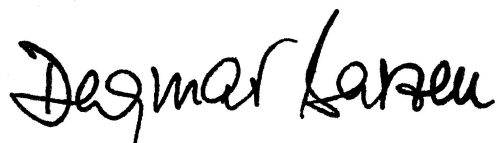
Wir wünschen uns, dass die Materialien im Schulalltag genutzt werden, um Lehrkräften bei Verdacht einer möglichen Kindeswohlgefährdung schnelles und rechtssicheres Handeln zu ermöglichen.

Neben der Druckversion wird eine ausführliche Onlineversion auf den Webseiten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier hinterlegt. Dort wird auch ein Download der Materialien aus dem Anhang möglich sein.

Gemeinsame Fachtage und Fortbildungen für Schule und Jugendhilfe können die Implementierung des Leitfadens als Handlungsinstrument in unserer Region unterstützen und befördern.

Ausdrücklich sei an dieser Stelle auch auf den bereits vorhandenen „Leitfaden für Schulen bei Verdacht der sexualisierten Gewalt“ hingewiesen. Dieser befasst sich intensiv mit der Thematik der sexualisierten Gewalt, da hier eine besondere Sensibilität erforderlich ist. Dieser wird in einer aktualisierten Form ebenso auf zuvor genannter Webseite hinterlegt.

Wir hoffen, dass der *Handlungsleitfaden Kinderschutz in der Schule* als Arbeitshilfe genutzt wird, den Handelnden mehr Sicherheit vermittelt und die Kooperation von Schule und Jugendamt in Stadt und Landkreis zum Wohl der Kinder voranbringt.



Dagmar Barzen

Präsidentin, Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier



Klaus Jensen

Oberbürgermeister, Stadt Trier



Günther Schartz

Landrat, Landkreis Trier-Saarburg

Abkürzungsverzeichnis

SchulG	Schulgesetz (Rheinland-Pfalz)
LKindSchuG	Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Rheinland-Pfalz)
BKiSchG	Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz)
KKG	Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz
KW	Kindeswohl
KWG	Kindeswohlgefährdung
insoFa	insoweit erfahrene Fachkraft



© CandyBox Images - Fotolia.com

1. Rechtliche Grundlagen

Mit dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (LKindSchuG) erfolgte im Jahr 2008 eine Erweiterung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes, bezogen auf die §§ 3 und 19 SchulG. In § 3 SchulG wurde die Verpflichtung der Schule aufgenommen, Anhaltspunkten einer Kindeswohlgefährdung nachzugehen und zu versuchen, diese durch schulische Maßnahmen abzuwenden bzw. auf die Inanspruchnahme erforderlicher weitergehender Hilfen hinzuwirken und auch in diesem Zusammenhang mit dem Jugendamt zusammenzuarbeiten.

Mit dem im Januar 2012 in Kraft getretenen Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz) und dem damit verbundenen Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) wurde hierzu erstmalig eine bundeseinheitliche Regelung getroffen. Damit wurde die rheinland-pfälzische Praxis bestätigt.

Lehrer/innen sind gefordert, bei Bekanntwerden von gewichtigen Anhaltspunkten einer Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen, auf die Betroffenen, d.h. den Schüler/die Schülerin und deren Eltern zuzugehen, die eigenen Sorgen um das Wohl des/der Schülers/in zu erörtern und - soweit erforderlich - auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken. Sie haben hierzu nach § 4 KKG Anspruch auf fachliche Beratung zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft (insoFa).

Ist eine Abwendung der Gefährdung im Rahmen der eigenen Möglichkeiten nicht realisierbar und ist hierzu ein Tätigwerden des Jugendamtes erforderlich, so sind sie befugt, das Jugendamt zu informieren. Zu diesem Zweck erforderliche Daten dürfen dem Jugendamt mitgeteilt werden.

§ 3 SchulG Schülerinnen und Schüler

(2) Die Schule fördert die Schülerinnen und Schüler in ihrer persönlichen Entwicklung. Sie bietet ihnen Information, Beratung, Unterstützung und Hilfe in allen für das Schulleben wesentlichen Fragen an und empfiehlt in schulischen Problemlagen Ansprechpersonen. Sind gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls einer Schülerin oder eines Schülers erkennbar gilt § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975) in der jeweiligen Fassung.

§ 4 KKG Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung

(1) Werden

1. - 6. ...

7. Lehrerinnen oder Lehrern an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sollen sie mit dem Kind oder Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten die Situation erörtern und, soweit erforderlich, bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

(2) Die Personen nach Absatz 1 haben zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft. Sie sind zu diesem Zweck befugt, dieser Person die dafür erforderlichen Daten zu übermitteln; vor einer Übermittlung der Daten sind diese zu pseudonymisieren.

(3) Scheidet eine Abwendung der Gefährdung nach Absatz 1 aus oder ist ein Vorgehen nach Absatz 1 erfolglos und halten die in Absatz 1 genannten Personen ein Tätigwerden des Jugendamtes für erforderlich, um eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen abzuwenden, so sind sie befugt, das Jugendamt zu informieren; hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, es sei denn, dass damit der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen in Frage gestellt wird. Zu diesem Zweck sind die Personen nach Satz 1 befugt, dem Jugendamt die erforderlichen Daten mitzuteilen.

Eine insoweit erfahrene Fachkraft hat besondere Kenntnisse in Fragen der Diagnostik, der Entwicklungspsychologie und der Kinderschutzarbeit. Sie ist beratend tätig, d.h. die Verantwortung bei der Gefährdungseinschätzung und über die im Einzelfall notwendigen Schritte hinaus behält die Rat suchende Fachkraft.

Die Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft soll zu einer größeren Handlungssicherheit bei der Einschätzung des Gefährdungsrisikos und der Klärung der weiteren Vorgehensweise, z.B. der Einbeziehung der Erziehungsberechtigten und zur Frage erforderlicher Hilfen im Interesse des/der betroffenen Schüler/in beitragen. Grundsätzlich erfolgt die Einschätzung und Beratung pseudonymisiert.

Im Rahmen dieser Beratung kann ebenso geklärt werden, ob eine Information des Jugendamtes zur Abwendung einer Gefährdung erfolgen muss.

Kontaktdaten der insoweit erfahrenen Fachkräfte in der Stadt Trier und im Landkreis Trier-Saarburg befinden sich im Anhang.

Nach § 19 des Schulgesetzes arbeiten Schulen seit je her im Rahmen ihrer Aufgaben institutionell mit Trägern der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Darüber hinaus sieht § 25 Abs. 2 des Schulgesetzes vor, dass Lehrkräfte im Rahmen ihrer Aufgabe, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern im Hinblick auf die individuelle Entwicklung und Förderung als auch im Hinblick auf die Schullaufbahn beraten und mit dem Jugendamt zusammenarbeiten. Schulleiterinnen und Schulleiter pflegen nach § 26 Abs. 2 des Schulgesetzes die Verbindung zu den Behörden der Jugend- und Sozialhilfe und stellen die notwendige Beteiligung der Schule bei der Aufstellung und Überprüfung von Hilfeplänen für Kinder und Jugendliche sicher.

Mit dem LKindSchuG sind die Schulen seit 2008 aufgefordert, in den lokalen Netzwerken zum Kinderschutz mitzuwirken.

§ 19 SchulG Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen und Institutionen

Die Schulen arbeiten im Rahmen ihrer Aufgaben

1. mit den Trägern und Einrichtungen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere im Rahmen der Schulsozialarbeit, mit den Kindertagesstätten und in den lokalen Netzwerken nach § 3 des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit,
2. mit anderen außerschulischen Einrichtungen und Institutionen, deren Tätigkeit für die Lebenssituation junger Menschen wesentlich ist, insbesondere mit anderen Bildungseinrichtungen und Betrieben, zusammen... .

2. Gewichtige Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung

Eine Kindeswohlgefährdung ist meist vielschichtig und komplex. Von besonderer Bedeutung beim Wahrnehmen und Erkennen einer Kindeswohlgefährdung sind „gewichtigen Anhaltspunkte“. Sie dienen als Hinweis auf eine mögliche Gefährdungslage.

Gewichtige Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung sind Hinweise oder Informationen über Handlungen gegen Kinder oder Jugendliche oder Lebensumstände, die das leibliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder Jugendlichen gefährden - unabhängig davon, ob sie durch eine missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten bestehen (vgl. hierzu auch § 1666 BGB).¹

Gewichtige Anhaltspunkte dienen Fachkräften zur besseren Erkennung von Gefährdungssituationen. Sie sind im Wesentlichen im Erleben und Handeln der Kinder und Jugendlichen zu suchen sowie im elterlichen Erziehungsverhalten, in der Familiensituation, der Wohnsituation, im sozialen Umfeld und auch in traumatisierenden Lebensereignissen.

Gewichtige Anhaltspunkte sollen objektiv feststellbare Sachverhalte sein.

Sie müssen in der Anwendung altersspezifisch betrachtet werden. Auf die besondere Situation (chronisch) kranker und behinderter Kinder ist Rücksicht zu nehmen.

Bei gewichtigen Anhaltspunkten einer Kindeswohlgefährdung unterscheidet man nach

Anhaltspunkte beim Kind

im Erscheinungsbild

- Hygienemängel (z.B. wiederholt Schmutzreste auf der Haut des Kindes, faulende Zähne, unzureichende Bekleidung)
- massive oder sich wiederholende Zeichen von Verletzungen (Blutergüsse, Striemen, unklare Hautveränderungen)
- Anzeichen für unzureichende Flüssigkeits- und/ oder Nahrungszufuhr/ starke Unterernährung oder extremes Übergewicht

¹ Empfehlungen zur Vereinbarung nach § 8a SGB VIII, Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, Mainz, 2006, Seite 18

sowie im Verhalten des Kindes

- deutlich unangemessener körperlicher oder seelischer Entwicklungsstand
- körperliche oder seelische Krankheitssymptome (Einnässen, Ängste, Zwänge)
- benommen, matt, apathisch oder stark verängstigt
- sprunghaft, orientierungslos oder distanzlos
- fremd- und/oder autoaggressives Verhalten
- wiederholt stark sexualisiertes Verhalten
- Äußerungen, die sich auf Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung beziehen
- häufiges Fehlen in der Schule
- häufige Delikte oder Straftaten (delinquentes Verhalten)

Anhaltspunkte bei den Erziehungspersonen

im Erscheinungsbild

- fehlende oder erschwerte Ansprechbarkeit
- Übererregtheit, Verwirrtheit, häufige Benommenheit
- Hinweise auf Alkoholmissbrauch

und im Verhalten der Erziehungspersonen

- Isolation des Kindes; soziale Isolierung der Familie
- deutlich mangelnde Betreuung oder Aufsicht
- fehlende, aber notwendige ärztliche Vorsorge und Behandlung des Kindes
- fehlende Ansprache, häufige oder massive Beschimpfung, Bedrohung oder herabsetzende Behandlung des Kindes
- häufiges oder massives Schlagen, Schütteln oder Einsperren
- wiederholte oder schwere Gewalt zwischen den Erziehungspersonen

Anhaltspunkte in der familiären Situation

- familiäre Überforderungssituation
- Fehlen basaler familiärer Organisation (z.B. Nahrungsmiteileinkauf, Müllentsorgung)
- ausgeprägte Bindungsstörung
- Eltern psychisch krank oder suchtkrank, körperlich oder geistig beeinträchtigt

- desolate Wohnsituation (extrem kleine oder gesundheitsgefährdende Unterkunft , Obdachlosigkeit)
- Familie in finanzieller bzw. materieller Notlage
- traumatisierende Lebensereignisse (Verlust eines Angehörigen, Unglück)

Diese Aufzählung ist nicht abschließend!

Eine Kindeswohlgefährdung lässt sich in der Regel nicht auf eine einzelne isolierte Handlung oder Unterlassung bzw. auf einen beobachteten gewichtigen Anhaltspunkt reduzieren!

Wichtig: Das „Bauchgefühl“, dass ein Kind gefährdet sein könnte, sollte immer ernst genommen werden, auch wenn erst einmal keine objektiv feststellbaren gewichtigen Anhaltspunkte zu erkennen sind. Hier kann die Beratung durch eine insoFa hilfreich sein!

Als helfende Instrumentarien dienen auch Einschätzungs- und Dokumentationsbögen.

Folgende Formen von Kindeswohlgefährdung werden unterschieden:

- Vernachlässigung
- körperliche Gewalt
- seelische Gewalt
- sexualisierte Gewalt

3. Wichtige Arbeitsprinzipien zur Kinderschutzarbeit

Produktiv ist der Kinderschutz, wenn er integriert ist und integrierend wirkt sowie

- jedem Kind das Gefühl vermittelt, so wichtig zu sein, dass wir gut auf es aufpassen
- allen Eltern das Gefühl gibt, in ihrer Verantwortung für ihre Kinder so geschätzt zu werden, dass selbst in großen Schwierigkeiten jemand für sie da ist
- Fachkräfte sich ermutigt fühlen, Entwicklungen anzustoßen und sich gleichzeitig Spannungsfeldern bewusst sind
- Institutionen und Organisationen, die mit Kindern und Eltern „zu tun haben“, den Schutz von Kindern als gemeinsame Aufgabe begreifen, abgestimmt gestalten und eine Verantwortungsgemeinschaft bilden.

Kinder sind in Gefährdungssituationen als Subjekte mit eigenen Rechten wahrzunehmen und zu behandeln. Die Hilfeentwicklung erfolgt unter der altersgemäßen Beteiligung der Betroffenen. Hierzu gehört das Schaffen von Transparenz über einzelne Schritte, um ein einvernehmliches Vorgehen zu ermöglichen.

Die Stärken und Ressourcen der Familie werden zum Schutz der Kinder bzw. Jugendlichen genutzt. Kinderschutzarbeit ist bei konsequenter Orientierung am Kindeswohl so zu gestalten, dass die Würde der Eltern nicht verletzt wird, auch wenn ihr Handeln nicht akzeptabel ist. Nicht zuletzt im Interesse der Kinder und deren Rechte auf eine Beziehung zu den Eltern geht es immer auch darum, den Eltern den Zugang zu Hilfe und Unterstützung zu erschließen oder zu erhalten. Das Ziel, sie in ihrer Elternrolle zu stärken, bestimmt das Handeln auch dann, wenn im akuten Gefährdungsfall eine sofortige Intervention erforderlich ist.

Die Partner in der Kinderschutzarbeit gestalten das Verfahren im Einzelfall so, dass das Vertrauensverhältnis der betroffenen Kinder und Jugendlichen bzw. der Eltern zu

den involvierten Institutionen so wenig wie möglich belastet wird und so, dass Kommunikationswege erhalten bzw. eröffnet werden.²



© contrastwerkstatt - Fotolia.com

² Empfehlungen zur Vereinbarung nach § 8a SGB VIII, Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, Mainz, 2006, Seite 20

4.2 Allgemeine Erläuterungen zum Verfahrensablauf in der Schule

Das vorliegende Ablaufschema soll Mitarbeiter/innen im Schulsystem dabei unterstützen, Anhaltspunkte einer möglichen Kindeswohlgefährdung zu erkennen und professionell zu handeln.

Erste Einschätzung

Werden Verdachtsmomente von Mitarbeiter/innen im Schulsystem wahrgenommen, wird die Klassenleitung kontaktiert. Das sich in der Regel anschließende Gespräch mit dem/der betroffenen Schüler/in sollte durch eine ihm/ihr vertraute Person geführt werden.

Die Klassenleitung trägt die Verantwortung für das weitere Handeln und die unabdingbare Dokumentation. Wichtig ist hierbei, dass die Dokumentation nicht als zusätzliche, unnütze Pflicht angesehen wird. Sie belegt die schulischen Aktivitäten im weiteren Verlauf, welche Verdachtsmomente wahrgenommen wurden und warum wann welche Entscheidungen getroffen wurden. Damit wird auch eine Absicherung der Kollegen und Transparenz gegenüber den Personensorgeberechtigten und dem Jugendamt herbeigeführt.

Wie die erste Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung durchgeführt wird (z.B. im Rahmen einer kollegialen Fallbesprechung, Beratungsgespräch mit der insoweit erfahrenen Fachkraft etc.) liegt in der Verantwortung der Klassenleitung. Wichtig ist, dass eine Entscheidung über das weitere Vorgehen getroffen und dokumentiert wird. An dieser Entscheidung müssen mindestens zwei Personen (4-Augen-Prinzip) beteiligt sein.

An einer kollegialen Fallbesprechung sind die Klassenleitung sowie Lehrkräfte und Mitarbeiter/innen, die im Kontakt mit der/dem betroffenen Schüler/in stehen und zur Klärung beitragen können, zu beteiligen.

Weiteres Vorgehen

Stellt die Klassenleitung zusammen mit mindestens einer weiteren Person fest, dass begründete Verdachtsmomente einer Kindeswohlgefährdung (unabhängig davon, ob ein sofortiges Handeln notwendig ist oder nicht) vorliegen, wird die Schulleitung informiert.

Spätestens jetzt sollte der Kontakt zu den Eltern/ Personensorgeberechtigten hergestellt werden, sofern der Schutz des/der betroffenen Schülers/in durch den Einbezug dieser nicht gefährdet ist.

Im Erörterungsgespräch mit den Eltern/ Personensorgeberechtigten und dem/der Schüler/in ist bei Bedarf auf die Inanspruchnahme notwendiger Hilfen hinzuwirken und dabei Begleitung und Unterstützung durch die Schule anzubieten.

Die Entscheidung gegen einen Einbezug der Eltern/ Personensorgeberechtigten muss gesondert begründet und dokumentiert werden.

Eine regelmäßige Überprüfung der Sachlage insbesondere vor dem Hintergrund folgender Fragen ist erforderlich: Sind die Eltern/ Personensorgeberechtigten bereit und in der Lage, bei der Abwendung der Kindeswohlgefährdung mitzuwirken? Nehmen Sie Hilfsangebote an und sind die Hilfen ausreichend?

Sämtliche Gespräche und Einschätzungen sind weiterhin zu dokumentieren.

Es besteht die Möglichkeit, die Schulaufsicht über das Verfahren zu informieren, bzw. einzubeziehen.

Eine Beratung durch eine insoFa zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung ist zu jedem Zeitpunkt im Verfahren möglich und empfehlenswert.

Sofortiger Handlungsbedarf

Liegt ein sofortiger Handlungsbedarf vor, d.h. es besteht eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben des/der Schülers/in, so ist unverzüglich die Schulleitung zu informieren und Kontakt zum zuständigen Jugendamt aufzunehmen. Die hierzu erforderlichen Daten dürfen dem Jugendamt mitgeteilt werden (siehe § 4, Abs. 3 KKG).

Die Einschaltung des Jugendamtes sollte - wenn möglich - mit Einverständnis der Eltern/ Personensorgeberechtigten mindestens jedoch mit dem Wissen dieser geschehen (Transparenzgebot). Dies ist nur zu umgehen, wenn dadurch die Gefahr für den/die Schüler/in erhöht wird.

Die weitere Vorgehensweise wird gemeinsam besprochen, wobei das Jugendamt die Fallverantwortung übernimmt.

Auch im Jugendamt wird eine kollegiale Einschätzung des Gefährdungsrisikos vorgenommen und im Kontakt mit dem/der Schüler/in sowie den Eltern/ Personensorgeberechtigten weitere Schritte zur Abwendung der möglichen Gefährdung vereinbart und gegebenenfalls erforderliche Hilfen (z.B. Maßnahmen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz - SGB VIII) eingeleitet.

Sind die Eltern/ Personensorgeberechtigten nicht gewillt und/oder in der Lage zum Wohl ihres Kindes mitzuwirken und liegen begründete Verdachtsmomente einer Kindeswohlgefährdung vor, wird das Familiengericht vom Jugendamt eingeschaltet.

Rückmeldungen an die mitteilende Schule unterliegen dem Sozialdatenschutz, so dass Jugendamt und Schule sich nur mit Einverständnis (Schweigepflichtentbindung) der Eltern/ Personensorgeberechtigten weiterhin austauschen können.

Gegenseitige Erreichbarkeit

Um dem erklärten Willen zur Zusammenarbeit im Interesse der betroffenen Schüler/innen nachzukommen, ist es unabdingbar, dass sich beide Institutionen erreichen.

Dem Jugendamt stehen die Kontaktdaten der Schulen zur Verfügung. Es sollte sichergestellt sein, dass im Bedarfsfall mitgeteilt wird, zu welchen Zeiten eine Lehrperson telefonisch erreichbar ist.

Die Mitarbeiter/innen der Jugendämter sind telefonisch (auch über die Zentrale **Tel. 115**) sowie per Email erreichbar. Die Zuständigkeiten im Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes sind über eine Bezirkseinteilung geregelt, die sowohl der ADD als auch den Schulen vorliegt.

In **Notsituationen** außerhalb der Dienstzeiten ist jeweils ein Bereitschaftsdienst des Jugendamtes über die örtlichen Polizeidienststellen **Tel. 110** erreichbar.

Beide Seiten stellen sicher, dass gegenseitige Informationen über Aktualisierungen rechtzeitig bekannt gegeben werden.



© Woodapple - Fotolia.com

Für Schulen mit Schulsozialarbeit gilt:

Die Schulsozialarbeit ist eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe, weshalb die Fachkräfte der Schulsozialarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz einen eigenen Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung haben und wahrnehmen müssen. Die Fachkraft der Schulsozialarbeit sollte in das zuvor beschriebene Verfahren mit beratender Funktion einbezogen werden. Vor dem Hintergrund ihrer Fachkenntnisse insbesondere auch über regionale Hilfs- und Unterstützungsangebote, wird ihre Beteiligung empfohlen.

Im Kontext dieses Handlungsleitfadens *Kinderschutz in der Schule* bleibt die Fallverantwortung bei der Klassen- bzw. Schulleitung.

5. Anhang

5.1 nützliche Links

Beratungsführer für Trierer Schulen - Eine Handreichung für Schulleitungen und Lehrkräfte

<http://matthias-grundschule.de/wordpress/wp-content/uploads/2012/02/Beratungsverzeichnis-Februar-2012.pdf>

Jugendamt Stadt Trier

<http://www.trier.de/Rathaus-Buerger-in/Stadtverwaltung/broker.jsp?uMen=1cf1028c-ac0d-1f31-04fd-5b70a348b027>

Jugendamt Landkreis Trier-Saarburg

<http://www.trier-saarburg.de/Buerger/Buergerinformationssystem/?sprache=de&size=100>

5.2 Dokumentationsbogen bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung in der Schule

5.3 Gesprächsprotokollbogen

5.4 Chronologie Gesprächsprotokolle

5.5 Übersicht der insoweit erfahrenen Fachkräfte für Schulen in der Stadt Trier und im Landkreis Trier- Saarburg

5.6 Dokumentationshilfen bei Einbeziehung einer insoweit erfahrenen Fachkraft

5.6.1 Bogen zur Kontaktaufnahme bei Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG)

5.6.2 Vorbereitungsbogen

5.6.3 Protokoll zur Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft und Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG)

5.7 Mitteilungsbogen der Schule an das Jugendamt bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung

5.2 Dokumentationsbogen bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung in der Schule

Dokumentationsbogen bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung in der Schule

Datum:

Schule:

Klasse/ Klassenleitung:

Schüler/ Schülerin:

Geburtsdatum:

1. Welche gewichtigen Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung werden wahrgenommen? Wer hat was wann beobachtet?

2. Gespräch mit dem/ der betroffenen Schüler/in

Gespräch mit dem/ der Schüler/in wurde durch _____ am _____ geführt.

⇒ Zusätzlich kann ein gesonderter Gesprächsprotokollbogen ausgefüllt werden.

Gespräch mit dem/ der Schüler/in konnte nicht geführt werden, weil _____

3. Gespräch mit den Eltern/ Personensorgeberechtigten

Gespräch mit den Eltern/ Personensorgeberechtigten wurde durch _____ am _____ geführt.

⇒ Zusätzlich kann ein gesonderter Gesprächsprotokollbogen ausgefüllt werden.

Gespräch mit den Eltern/ Personensorgeberechtigten konnte nicht geführt werden, weil _____

4. kollegiale Fallbesprechung

Datum

teilgenommen haben:

Verdacht einer Kindeswohlgefährdung hat sich nicht bestätigt, weil

⇒ *Zusätzlich kann ein gesonderter Gesprächsprotokollbogen ausgefüllt werden.*

⇒ ***Dokumentation wird hiermit abgeschlossen***

Folgende gewichtige Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung wurden bestätigt, noch genannt bzw. konnten nicht geklärt werden:

⇒ *Zusätzlich kann ein gesonderter Gesprächsprotokollbogen ausgefüllt werden.*

Schulleitung wird informiert, am .

Es wird Rat bei einer insoweit erfahrenen Fachkraft eingeholt, am .

Es werden weitere Gespräche mit dem/ der betroffenen Schüler/in und den Eltern/ Personensorgeberechtigten geführt. Folgende Vereinbarung sollen getroffen werden:

Es besteht aus Sicht der Schule ein sofortiger Handlungsbedarf und es erfolgt eine Mitteilung an das Jugendamt. ⇒ *Mitteilungsbogen Jugendamt*

Weiterverfolgung, d.h. neuer Termin zur Überprüfung der Sachlage:

Datum/ Unterschrift Klassenleitung

5.3 Gesprächsprotokollbogen

Gesprächsprotokoll

Datum:

Schule:

Schüler/ Schülerin:

Geburtsdatum:

Klasse/ Klassenleitung:

Gesprächsart: *(z.B. Telefonat, persönliches Gespräch, Email)*

Gesprächsanlass:

Beteiligte:

Ergebnis des Gesprächs

angesprochene Themen:

Vereinbarung/ Aufgaben/ Pläne:

Wer macht was bis wann? (z.B. weiteres Elterngespräch, Beratung bei einer insoweit erfahrenen Fachkraft)

Datum/ Unterschrift Klassenleitung

5.5 Übersicht der insoweit erfahrenen Fachkräfte für Schulen in

der Stadt Trier	dem Landkreis Trier-Saarburg
<p>Deutscher Kinderschutzbund Orts- und Kreisverband Trier e.V. Thebäerstraße 46 54290 Trier Tel.: 0651-999366-200</p>	<p>Deutscher Kinderschutzbund Orts- und Kreisverband Trier e.V. Thebäerstraße 46 54290 Trier Tel.: 0651-999366-200</p>
<p>Sucht-, Ehe, Familien- und Lebensberatung des Diakonischen Werkes Trier und Simmern-Trarbach Theobaldstr.10 54290 Trier Tel.: 0651-20900-58</p>	<p>Sucht-, Ehe, Familien- und Lebensberatung des Diakonischen Werkes Trier und Simmern-Trarbach Theobaldstr.10 54290 Trier Tel.: 0651-20900-58</p>
<p>Lebensberatung Trier Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle des Bistums Trier Kochstr. 2 54290 Trier Tel.: 0651-75885</p>	<p>Lebensberatung Trier Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle des Bistums Trier Kochstr. 2 54290 Trier Tel.: 0651-75885</p>
<p>Familien-, Paar- und Lebensberatungsstelle des Bürgerhauses Trier-Nord e.V. Franz-Georg-Straße 36 54292 Trier Tel.: 0651-91820-16 /-17 /-31</p>	<p>Lebensberatung Saarburg Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle des Bistums Trier Schlossberg 54439 Saarburg Tel.: 06581-2097</p>
<p>Ehe-, Familien- und Lebensberatung des Caritasverbands Trier e.V. Petrusstr. 28 54292 Trier Tel.: 0651-2096-0 /-225</p>	<p>Lebensberatung Hermeskeil Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle des Bistums Trier Hirtenweg 2a 54411 Hermeskeil Tel: 06503-6031</p>
<p>Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Trier Krahenstr. 33-34 54290 Trier Tel.: 0651-9496-114</p>	

5.6 Dokumentationshilfen bei Einbeziehung einer insoweit erfahrenen Fachkraft

5.6.1 Bogen zur Kontaktaufnahme bei Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG)

Seite 1

Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG)

Die nachfolgenden Bögen wurden im Rahmen des Netzwerkes „Gemeinsam für den Kinderschutz“ des Landkreises Trier-Saarburg und der Stadt Trier - in Kooperation der beiden örtlichen Jugendämter und der Beratungsstellen, die für die Kommunen die insoweit erfahrenen Fachkräfte stellen - entwickelt.

Sie dienen im Rahmen der Qualitätsentwicklung der Standardisierung des Verfahrens der Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung nach § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG).

Bogen 1 (Kontaktaufnahme) dient der Dokumentation der ersten Einbeziehung einer insoweit erfahrenen Fachkraft durch die anfragende Person-Institution.

Der 2. Bogen (Vorbereitungsbogen) dient als Reflexionshilfe der Beobachtungen und Beschreibungen der Lebenssituation des betroffenen Kindes-Jugendlichen und ist damit eine wichtige Grundlage zur Vorbereitung auf das Beratungsgespräch mit der insoweit erfahrenen Fachkraft.

Schließlich wird mit Bogen 3 (Protokoll der Einschätzung) das Ergebnis des Beratungsgesprächs dokumentiert.

Die Bögen sind sowohl bei den örtlichen Jugendämtern als auch den Beratungsstellen, die für die Kommunen die insoweit erfahrenen Fachkräfte stellen, erhältlich.

**Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft zur
Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung
gemäß § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG)**

Datum der Kontaktaufnahme:

Anfragende Einrichtung:

Insoweit erfahrene Fachkraft (Institution):

Anlass für die Kontaktaufnahme:

Vereinbarungen über das weitere Vorgehen der Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung nach dem Erstkontakt mit der insoweit erfahrenen Fachkraft:

(z.B. Terminabsprache zur Beratung, Versand von Unterlagen zur Vorbereitung auf das Beratungsgespräch)

5.6.2 Vorbereitungsbogen

Seite 1

Bitte füllen Sie - soweit es Ihnen möglich ist - diesen Bogen in Stichworten aus.

Er dient zur Vorbereitung auf das Gespräch mit der insoweit erfahrenen Fachkraft zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG).

Eine möglichst umfassende und konkrete Beschreibung der Lebenssituation des betroffenen Kindes-Jugendlichen ist wichtig. Ihre Beobachtungen dienen als Grundlage der Einschätzung. Soweit Ihre Informationen nicht auf eigenen Beobachtungen beruhen, geben Sie bitte auch die Quelle an (Wer hat Ihnen den Sachverhalt beschrieben? Äußerungen des Kindes? etc).

1. Anhaltspunkte im Erscheinungsbild sowie im Verhalten des Kindes

Sicherung der Grundversorgung des Kindes/ Jugendlichen

(z.B. Ernährung, Kleidung, Aufsicht, medizinische Versorgung, ...)

Körperl. Erscheinung/ Krankheiten des Kindes/ Jugendlichen

(z.B. chronische Krankheiten, Verletzungen, auffällige Rötungen, Müdigkeit ...)

Psychische Erscheinung des Kindes/ Jugendlichen

(z.B. traurig, verschlossen, ängstlich, apathisch, distanzlos, grenzenlos, ...)

Kognitive Erscheinung des Kindes/ Jugendlichen

(Sprache, Wahrnehmung, Konzentration, Über-/Unterforderung, ...)

Sozialverhalten des Kindes/ Jugendlichen

(Freunde, Integration, aggressiv, pünktlich, überangepasst, lügt...)

2. Anhaltspunkte im Erscheinungsbild sowie im Verhalten der Eltern/ Anhaltspunkte in der familiären Situation

Soziale Situation

(z.B. Wohnumfeld, Freunde, Bekannte, Integration innerhalb der Verwandtschaft,)

Finanzielle/ materielle Situation

(z.B. Arbeitssituation, Einkommenssituation, Wohnverhältnisse,)

Persönliche Situation der Mutter

(z.B. Auffälligkeiten wie körperliche/ psychische Erkrankung, eingeschränkte Leistungsfähigkeit, ...)

Persönliche Situation des Vaters

(z.B. Auffälligkeiten wie körperliche/ psychische Erkrankung, eingeschränkte Leistungsfähigkeit, ...)

Interaktion zwischen dem Kind und seinen Bezugspersonen

(z.B. Zuwendung und Aufmerksamkeit, Bindung, ...)

3. Ressourcen des Kindes/ Jugendlichen, der Familie und des sozialen Umfeldes

Ressourcen des Kindes/ Jugendlichen

(persönliche, familiäre, soziale, materielle)

Ressourcen der Eltern

(persönliche, familiäre, soziale, materielle)

Ressourcen im sozialen Umfeld

4. Kooperationsbereitschaft der Eltern

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und den sorgeberechtigten Eltern-Mutter-Vater? Halten sie Termine mit Ihnen/ -Ihrer Institution ein? Werden Ihre Ratschläge und Empfehlungen von den Eltern aufgegriffen?

5. Was wurde bereits von Ihnen/ Ihrer Einrichtung unternommen?

5.6.3 Protokoll zur Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft und Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a und § 8b SGB VIII bzw. nach Art. 1 BKiSchG (§ 4 KKG)

Seite 1

Datum:

Insoweit erfahrene Fachkraft (Institution):

Teilnehmer:

Ergebnis der Einschätzung:

Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung liegen vor:

nein

ja

Vernachlässigung

Körperliche Gewalt/ Misshandlung

psychische Gewalt/ Misshandlung

sexualisierte Gewalt/ Misshandlung

Erläuterung:

Kooperationsbereitschaft der personensorgeberechtigten Eltern/ Mutter/ Vater:

Vereinbarung zum weiteren Vorgehen:

Zur Abwendung des möglichen Gefährdungsrisikos werden folgende Absprachen getroffen.

Getroffene Absprache/ Vereinbarung	bis wann?	Wer kümmert sich?	ggf. mit wem?	erledigt am

Die Fachkräfte der anfragenden Einrichtung überprüfen bis zum _____ die Wirksamkeit der getroffenen Absprachen.

Ort/ Datum:

 Fachkräfte der anfragenden Einrichtung

 Insoweit erfahrene Fachkraft

5.7 Mitteilungsbogen bei Verdacht einer Kindeswohlgefährdung in der Schule

Mitteilung der Schule an das zuständige Jugendamt bei Hinweisen einer möglichen Kindeswohlgefährdung

Datum: _____ Uhrzeit: _____

Schule: _____

Klasse/ Klassenleitung: _____

pers. Mitteilung tel. Mitteilung

per Fax per Email

An das für den Wohnort des Kindes zuständige Jugendamt der

Stadt Trier Kreisverwaltung Trier-Saarburg

zuständige Fachkraft: _____

Schüler/in

Schüler/in: _____ Geburtsdatum: _____

whft. bei Mutter Vater Eltern andere:

Anschrift: _____
(Name/ Anschrift/Tel.)

Eltern/ Personensorgeberechtigte

Name:	_____	_____
Anschrift:	_____	_____
Tel.:	_____	_____
Sorgeberechtigt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Verdachtsmomente einer möglichen Kindeswohlgefährdung

Woran macht sich die vermutete Gefährdung fest und seit wann wird diese beobachtet?

Gespräch mit Eltern/ Personensorgeberechtigten

Ansprache der Verdachtsmomente einer KWG

hat stattgefunden, am

⇒ siehe beigefügter Dokumentationsbogen

nein, weil

Wurde die Beratung einer insoweit erfahrenen Fachkraft zur Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung in Anspruch genommen?

ja, am

⇒ siehe beigefügte Dokumentation der Inanspruchnahme einer insoweit erfahrenen Fachkraft

nein

Welche weiteren Maßnahmen wurden zum Abwenden der möglichen Kindeswohlgefährdung durch die Schule getroffen?

Die Eltern/ Personensorgeberechtigten sind über die Mitteilung an das Jugendamt

informiert und einverstanden

informiert und nicht einverstanden

nicht informiert, weil

Datum/ Unterschrift Klassenleitung